

**Antrag der Fraktion Alternative DA vom 31.07.2009 betr. Aufhebung
Satzungsbeschluss zu Bebauungsplan N-59 NordOstUmgehung**

ALTERNATIVE DARMSTADT
Kompetent - Kritisch - Konstruktiv

Darmstadt, den 31. Juli 2009

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan N-59 NordOstUmgehung vom 30. September 2008 wird aufgehoben.

Begründung

Bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zur Nord-Ost-Umgehung war eine klare Mehrheit der abgegebenen Stimmen gegen diese Massnahme - auch wenn das zum sofortigen Stopp notwendige Quorum knapp verfehlt wurde.

Für diesen Fall eines verfehlten Quorums hat der Gesetzgeber in der HGO explizit vorgeschrieben, dass sich die Stadtverordneten nochmals damit auseinandersetzen müssen.

D.h. die Entscheidung zur Lösung der bestehenden Verkehrsprobleme - mit oder ohne NordOstUmgehung - muss letztlich von den gewählten Bürgervertretern getroffen werden. Diese Verantwortung kann nicht an ein Forum delegiert werden; es kann jedoch Empfehlungen dazu erarbeiten.

Auf dieser Basis begrüßen wir das jetzt von OB Hoffmann vorgestellte Dialogforum - aber nur unter der Voraussetzung, dass es tatsächlich ergebnisoffen geführt wird.

Es wäre ein politisches Feigenblatt, wenn die NordOstUmgehung als Lösung gesetzt ist und es bei diesem „Dialog“ nur darum geht, wie sie mit einigen (minimalen oder kosmetischen) Änderungen möglichst reibungslos realisiert werden kann.

Dies würde nicht die Situation aus dem Bürgerentscheid wiedergeben, bei dem die Mehrheit der abgegebenen Stimmen schlicht gegen diese NordOstUmgehung war.

Eine echte und ehrliche Konsequenz aus dem Bürgerentscheid kann das Dialogforum nur dann sein, wenn es die Massnahme selbst auch prinzipiell in Frage stellen darf, also wirklich ergebnisoffen und unvoreingenommen an die Sache herangeht.

Sollte das Dialogforum Vorschläge zu deutlichen Änderungen im Sinne einer von OB Hoffmann genannten Kompromisslösung erarbeiten, dann muss das Verfahren zum Bebauungsplan formell neu aufgerollt und durchgeführt werden.

Um die Basis für ein optimales Ergebnis im Dialogforum ohne Vorab-Festlegung auf eine bestimmte Lösung zu schaffen und diese Absicht auch klar zu dokumentieren, soll daher der bestehende Satzungsbeschluss zum B-Plan N 59 aufgehoben werden.

Waltraud Bornheimer, Roswita Emig, Georg Hang
Stadtverordnete